



AUSTRIAN INSTITUTE FOR  
EUROPEAN AND SECURITY POLICY



Bundesministerium  
Landesverteidigung

Nr. 2023/4

# Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Wie wird sich die Energieabhängigkeit auf die  
regionale Stabilität Mitteleuropas auswirken?

von Lívia Benko  
März 2023

## AIIES STUDY

## Executive Summary

---

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 erlebte die Europäische Union einen außergewöhnlichen Energie- und Sicherheitschock. Innerhalb von sechs Monaten hatte ein wichtiger Erdgaslieferant, nämlich Russland, die Lieferungen fast vollständig eingestellt. Der Angriff auf die Ukraine war ein Wendepunkt, der die EU-Mitgliedstaaten dazu veranlasste zu zeigen, inwieweit sie bereit sind, ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu verringern. Bisher lieferte Russland 40% der Gas-, 27% der Erdöl- und 46% der Kohleimporte der EU.

Die neue geopolitische Lage hat die Besorgnis über die Energieversorgungssicherheit verstärkt und die Anfälligkeit der EU im Bereich der Energieversorgung sowie ihre übermäßige Abhängigkeit von Energieeinfuhren, insbesondere von Erdgas, deutlich gemacht. Der russische Angriff auf die Ukraine hat die gemeinsame Bedrohungswahrnehmung innerhalb der EU gestärkt und die Mitgliedsstaaten in der Bereitschaft für eine gemeinsame Verteidigung geeint. Die europäischen Staaten sind sich heute mehr denn je der Notwendigkeit einer strategischen Autonomie bewusst. Der Ruf nach dieser europäischen "strategischen Autonomie" ist unüberhörbar, doch ohne die USA fehlen die Ausrüstung, die Ausbildung, und vor allem die logistischen Kapazitäten, die die Versorgung der Ukraine überhaupt erst möglich gemacht haben. Die NATO ist der wichtigste Rahmen für die kollektive Militärplanung, in dessen Zusammenhang die EU-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben erheblich erhöhen. Nach dem Angriff auf die Ukraine gab es erhebliche Erwartungen an Deutschland und Frankreich, Maßnahmen zu ergreifen und eine Führungsrolle innerhalb der EU zu übernehmen, wenn es um die Verteidigung geht, was leider nicht geschehen ist.

Stattdessen hat der Krieg die CEE-Staaten in den Vordergrund gerückt. Sie waren es, die nach dem 24. Februar 2022 ihre schnelle Bereitschaft und Unterstützung zeigten. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass sich diese Länder von den Entwicklungen stark betroffen fühlten, auch aufgrund ihrer großen Energieabhängigkeit von Russland. Die Führungsrolle Warschaws in der Leopard-Frage und vor allem die Fähigkeit Polens, nicht nur im Namen der baltischen Staaten, sondern auch Finnlands und anderer Eckpfeiler des westlichen Konsenses zu sprechen, deuten ebenfalls darauf hin, dass sich das strategische Zentrum Europas nach Osten verlagert.

## Inhaltsverzeichnis

Executive Summary.....	1
Inhaltsverzeichnis .....	2
1. Einleitung und Begriffserklärung .....	2
2. Die Antwort der EU auf die Energiekrise .....	3
3. Die Mitteleuropäische Region: Am stärksten betroffen .....	3
4. Conclusio: Europas strategisches Zentrum verschiebt sich nach Osten .....	5

### 1. Einleitung und Begriffserklärung

Seit Beginn russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 erlebte die Europäische Union einen außergewöhnlichen Energie- und Sicherheitsschock. Innerhalb von sechs Monaten hatte ein wichtiger Erdgaslieferant, nämlich Russland, die Lieferungen fast vollständig eingestellt.<sup>1</sup> Der Angriff auf die Ukraine war ein Wendepunkt, der die EU-Mitgliedstaaten dazu veranlasste zu zeigen, inwieweit sie bereit sind, ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu verringern. Dieses lieferte 40% der Gas-, 27% der Erdöl- und 46% der Kohleimporte der EU.<sup>2</sup> Die neue geopolitische Lage hat die Besorgnis über die Energieversorgungssicherheit verstärkt und die Anfälligkeit der EU im Bereich der Energieversorgung sowie ihre übermäßige Abhängigkeit von Energieeinfuhren, insbesondere von Erdgas, deutlich gemacht.<sup>3</sup>

Die Nichtabhängigkeit der Volkswirtschaften von fossilen Brennstoffen würde den Mitgliedstaaten die größte Widerstandsfähigkeit verleihen. Die Anstrengungen zur Verringerung des Verbrauchs werden die Mitgliedstaaten immun gegen politische (Versorgungsunterbrechungen), wirtschaftliche (Rohstoffpreisspitzen) und ökologische (Klimawandel und Naturkatastrophen) Krisen machen.<sup>4</sup> Eine stabile, ununterbrochene und erschwingliche Energieversorgung ist die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der am stärksten betroffenen mittel- und osteuropäischen Region.<sup>5</sup> Im Jahr 2021 ist fast die

Hälfte des in den mittel- und osteuropäischen Ländern verbrauchten Gases auf russisches Gas entfallen, im übrigen Europa war es im Vergleich dazu etwas mehr als ein Fünftel.<sup>6</sup>

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bekamen jedoch, im Allgemeinen, die Folgen der Entwicklungen zu spüren. Im Jahr 2021 importierten die EU-Länder 155 Milliarden m<sup>3</sup> russisches Gas, was etwa 45 Prozent der gesamten Gasimporte ausmachte. Vor dem Krieg war Russland einer der größten Rohöllieferanten der Europäischen Union (rund 108,1 Millionen Tonnen) und der größte Lieferant von Erdölprodukten - 91 Millionen Tonnen. Im Jahr 2021 importierten die Mitgliedstaaten außerdem 51,4 Millionen Tonnen Kohle aus Russland, was fast die Hälfte der gesamten Kohleimporte der EU ausmachte. Russischer Brennstoff ist für den Betrieb von 18 Kernkraftwerken in der EU nötig: Sechs in Tschechien, je vier in Ungarn und der Slowakei und je zwei in Finnland und Bulgarien.<sup>7</sup>

Die größten mitteleuropäischen Raffinerien wurden an der Trasse der von Russland nach Westen verlaufenden Ölpipelines gebaut und daher für die Verarbeitung von russischem Ural-Öl angepasst. Dazu gehört eine Reihe von Raffinerien in Ländern wie Tschechien, Litauen, Deutschland, Polen, der Slowakei und Ungarn. Mit Ausnahme der Slowakei ist der Ersatz für russisches Öl jedoch hauptsächlich eine Frage des Preises und logistisch machbar. Ein Sonderfall ist Ungarn, das als einziges Land in der Region versucht, so wenig wie möglich gegen die aggressive Politik Russlands zu unternehmen. Die Ab-

hängigkeit von Kohle stellt ebenfalls eine große Herausforderung dar. Dies ist vor allem ein Problem für Polen, das etwa 36% seiner Primärenergie und etwa 70% seiner Elektrizität durch diese Ressource erzeugt. Darüber hinaus werden etwa 50% der individuell beheizten Häuser mit Kohle beheizt. Für ihren Bedarf importiert Polen jährlich mehr als 7 Millionen Tonnen Kohle, wovon bisher etwa 85% aus Russland stammten. Etwas besser sieht es in der großen Stromindustrie aus, wo bisher nur etwa 15% der Kohle aus Russland stammte.<sup>8</sup>

## 2. Die Antwort der EU auf die Energiekrise

Angesichts der veränderten Sicherheitslage ist die Europäische Union bestrebt, alternative Lösungen zu finden. Die allgemeine Reaktion der EU wurde in der Versailler Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EU, dem REPowerEU-Paket und dem EU-Winterplan festgehalten.<sup>9</sup> Nachdem Russland die Regeln für Gaslieferungen an europäische Kunden geändert (das "Gas-für-Rubel-Dekret") und den Gastransport über die Nord-Stream-1-Pipeline ausgesetzt hatte, war ein Rückgang der russischen Gasexporte in die EU zu verzeichnen. Als Reaktion darauf erhöhte die EU ihre Einfuhren von flüssigem Erdgas (LNG) – und zwar auch von russischem LNG – um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Moskau scheiterte mit seinem Versuch, die EU-Mitgliedstaaten zu erpressen.

Was die Maßnahmen der EU zur Abkopplung von Russland betrifft, so waren das fünfte und sechste Sanktionspaket von zentraler Bedeutung. Die EU hat außerdem ein Embargo auf die Einfuhr russischer Kohle verhängt, welches im August 2022 in Kraft trat, und hat zusätzlich eine ähnliche Maßnahme für russische Rohölexporte, welche über den Seeweg in die EU gelangen, eingeführt. Ende 2022 hat Deutschland den Kauf von russischem Öl vollständig verboten. Zusammengenommen bedeuten diese Maßnahmen, dass die Öllieferungen aus Russland im Jahr 2023 im Vergleich zu 2022 um bis zu 90 Prozent zurückgehen könnten. Darüber hinaus könnte der Anteil russischer Erdölzeugnisse am europäischen Markt durch das EU-Embargo vom

Februar 2023 auf den niedrigsten Stand in der Geschichte sinken.

Dennoch steht die EU bei ihrem Streben nach Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen noch vor erheblichen Herausforderungen. Die größte davon ist die Sicherung einer stabilen Gasversorgung aus anderen Ländern als Russland. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur könnte das Gasdefizit der EU im Jahr 2023 bis zu 57 Mrd. m<sup>3</sup> betragen. Ein solcher Mangel entspricht etwa 14,5 Prozent des gesamten Gasverbrauchs (Die IEA geht davon aus, dass die Gesamtgasnachfrage in der EU im Jahr 2023 392 Mrd. m<sup>3</sup> betragen wird). Parallel dazu müsste der Gasverbrauch in der EU um 13-20% sinken, je nachdem in welchem Umfang Russland seine Gasexporte weiter reduziert.<sup>10</sup>

## 3. Die Mitteleuropäische Region: Am stärksten betroffen

Der 24. Februar 2022 war insbesondere für die mitteleuropäischen Länder ein großer Weckruf, denn sie erkannten, dass das Ausmaß ihrer Energieabhängigkeit von Russland zu einer Frage der Sicherheit wurde. In Reaktion auf den zunehmenden Einsatz Russlands von Gaslieferungen als Druckmittel im Krieg, begannen die mitteleuropäischen Länder mit dem Ausbau alternativer Gaslieferungen und LNG-Importkapazitäten. Die Gasströme verlagerten sich von der Ost-West auf die West-Ost und Nord-Süd-Achsen.<sup>11</sup> Polen entwickelte die Idee eines Nord-Süd-Korridors, der die Baltic Pipe-Pipeline (Gas aus Norwegen und Dänemark) und das Swinoujscie LNG-Terminal mit dem kroatischen Krk-Terminal verbinden sollte. Nach und nach verringerte Mitteleuropa seine Gaseinfuhren aus Russland, um so zu verhindern, dass diese Abhängigkeit von russischer Seite ausgenutzt werden kann.<sup>12</sup>

Polens Abhängigkeit von russischen Gasimporten sank im April 2022 auf null, als Gazprom die Lieferungen an Polen einseitig einstellte. Zu dieser Zeit hatte Polen bereits beschlossen, seinen langfristigen Vertrag mit Gazprom, nach dessen Auslaufen Ende des Jahres, nicht zu verlängern. Bestehende LNG-Terminals könnten den Marktzugang für Bin-

nenländer und für Märkte ohne Importterminals ermöglichen. Dieses Modell funktioniert in den baltischen Staaten, wo sowohl Estland als auch Lettland LNG über die schwimmende Anlage „Independence“ in Litauen importieren. Die EU-Binnenländer (Österreich, Tschechien, Ungarn, Slowakei) haben keine Strategien oder Ziele für den Ausstieg aus dem russischen Gas angekündigt, mit Ausnahme Österreichs, das bis 2027 von russischen Lieferungen unabhängig sein will. Um die Diversifizierung der Gasversorgung in Mitteleuropa zu unterstützen, hat die EU im Rahmen der EU-Energieplattform für Mitteleuropa regionale Arbeitsgruppen eingerichtet, an denen neun EU-Länder beteiligt sind (Österreich, Tschechien, Deutschland, Kroatien, Ungarn, Italien, Polen, Slowenien und die Slowakei).

Seit der Eröffnung des kroatischen LNG-Terminals in Krk im Jahr 2021 kann Ungarn LNG vom Weltmarkt importieren. Eine ähnliche Zusammenarbeit zeichnet sich zwischen Bulgarien und Griechenland ab, wobei Bulgarien versucht, LNG über das griechische LNG-Terminal in Revithoussa zu importieren. Im August eröffnete Bulgargaz eine Ausschreibung für den Import von 0,5 Mrd. m<sup>3</sup> LNG im 4. Quartal 2022. Im Juli schlossen der tschechische Energieversorger CEZ und Shell einen Vertrag über eine Regasifizierungskapazität von insgesamt 7 Mrd. m<sup>3</sup> pro Jahr im niederländischen LNG-Importterminal Eemshaven ab.

Um die LNG-Wiederverdampfungskapazitäten auf regionaler Ebene zu verbinden, müssen die mittel- und osteuropäischen Länder zusätzliche Verbindungsleitungen bauen oder die bestehenden Kapazitäten verstärken. Ein Beispiel für eine neue Verbindungsleitung ist das Stork-II-Pipelineprojekt zwischen Polen und Tschechien. Währenddessen werden die bestehenden Kapazitäten zwischen Kroatien und Ungarn, Rumänien und der Republik Moldau sowie Ungarn und Österreich weiter ausgebaut. Die Erkundung einer gemeinsamen Beschaffung von LNG kann die Finanzierung von Terminals erleichtern, die Verhandlungsmacht erhöhen und die Handelskompetenz auf den wettbewerbsfähigen globalen LNG-Märkten verbessern.<sup>13</sup>

Was die erneuerbaren Energien betrifft, so haben die Mitgliedstaaten auf den Vorstoß der EU reagiert,

die Einführung erneuerbarer Energien und die Dekarbonisierung der Industrie im Einklang mit den REPowerEU-Zielen zu beschleunigen. Unter anderem haben Tschechien, Polen und die Slowakei die Vorschriften gelockert oder neue Projekte angekündigt, um den Einsatz erneuerbarer Energiequellen zu beschleunigen. Viele mittel- und osteuropäische Länder haben bereits Termine für ihren Kohleausstieg sowie Pläne zum Ausbau der Kernenergiekapazitäten angekündigt. In der Slowakei wurde 2022 ein neuer Kernkraftwerksblock in Betrieb genommen, der fast ein Viertel des Stromverbrauchs des Landes erzeugen kann. Ab 2024 wird ein weiterer Block die Slowakei zu einem Nettoexporteur von Strom machen. Der erste von vier neuen Kernkraftblöcken in Tschechien soll im Jahr 2036 in Betrieb gehen. Polen, das bisher noch keine Kernkraftwerke besitzt, plant den Bau von sechs Reaktoren bis 2040.

Der beschriebene Ausbau der Kernenergiekapazitäten ist zwar beträchtlich, doch wird der größte Teil davon erst langfristig in Betrieb gehen. Daher wird dieser nicht wesentlich dazu beitragen, die Erdgasnachfrage in der Region in den kommenden Jahren zu senken. Außerdem wurden die bestehenden Kernreaktoren in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Bulgarien von Russland gebaut. Ihr weiterer Betrieb hängt von russischen Brennstofflieferanten und Wartungsdiensten ab. Zwar ist der zivile Nuklearsektor ausdrücklich von den EU-Sanktionen gegen Russland ausgenommen, doch stellt diese Abhängigkeit ein weiteres potenzielles Ziel für die Nutzung von Energie als Waffe durch die russische Regierung dar.

Wasserstoff könnte ein wichtiger grüner Ersatz für Gas in bestimmten Industriesektoren sein. Der REPowerEU-Plan sieht vor, dass bis 2030 in der EU 330 TWh klimafreundlicher Wasserstoff produziert und weitere 330 TWh aus Drittländern importiert werden. Die European Hydrogen Backbone Initiative ist ein Vorschlag einer Gruppe europäischer Gas- und Fernleitungsbetreiber für eine Wasserstoff-Pipeline-Infrastruktur, die auf der Wiederverwendung bestehender Pipeline-Infrastrukturen aufbaut. Sie weist Ungarn, der Slowakei und Tschechien eine wichtige Rolle als Wasserstoff-Drehscheiben und der Ukraine als potenziellem Wasserstoffexporteur zu. Trotz dieser ehrgeizigen Pläne bleibt die Unsi-

cherheit darüber bestehen, inwieweit die Gasinfrastruktur für den Wasserstofftransport umgewidmet werden kann.<sup>14</sup>

#### 4. Conclusio: Europas strategisches Zentrum verschiebt sich nach Osten

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die gemeinsame Bedrohungswahrnehmung innerhalb des Blocks gestärkt und die Länder in Bezug auf die Verteidigung geeint. Die europäischen Staaten sind sich heute mehr denn je der Notwendigkeit einer strategischen Autonomie bewusst. Der Ruf nach dieser europäischen "strategischen Autonomie" ist unüberhörbar, doch ohne die USA fehlen die Ausrüstung, die Ausbildung und vor allem die logistischen Kapazitäten, die die Versorgung der Ukraine überhaupt erst möglich gemacht haben.<sup>15</sup> Die NATO ist der wichtigste Rahmen für die kollektive Militärplanung, in dessen Zusammenhang die EU-Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben erheblich erhöhen.

Der Krieg hat die Unzulänglichkeiten der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgezeigt und die Notwendigkeit eines Wandels deutlich gemacht. Deutlich aufgezeigt wurde vor allem ein Mangel an Verteidigungsinvestitionen, ein Rückstand bei der technologischen Innovation und der Entwicklung des gesamten Spektrums an Fähigkeiten sowie Ineffizienzen bei der Rüstungsbeschaffung. Gleichzeitig wurde dadurch auch die zentrale Rolle der Vereinigten Staaten in der europäischen Sicherheit und Verteidigung hervorgehoben, sowohl in Bezug auf die (geo-)politische Führung als auch auf die operative Unterstützung. Die EU muss sich zu einem glaubwürdigeren und stärkeren Sicherheits- und Verteidigungsakteur entwickeln. Die Union als Ganzes aber auch viele ihrer Mitglieder müssen ihre eigene Sicherheit neu überdenken.<sup>16</sup>

Nach dem Angriff auf die Ukraine gab es erhebliche Erwartungen an Deutschland und Frankreich, Maßnahmen zu ergreifen und eine Führungsrolle innerhalb der EU zu übernehmen, wenn es um die Verteidigung geht, was leider nicht geschehen ist. Stattdessen hat der Krieg die mitteleuropäischen Staaten in den Vordergrund gerückt. Sie waren es, die nach

dem 24. Februar 2022 ihre schnelle Bereitschaft und Unterstützung zeigten. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass sich diese Länder von den Entwicklungen stark betroffen fühlten, auch aufgrund ihrer großen Energieabhängigkeit von Russland. Sie empfanden den Angriff auf die Ukraine auch als eine Bedrohung ihrer eigenen Souveränität. Selbst ein Land wie Ungarn, das freundschaftliche Beziehungen zu Russland unterhält und sich geweigert hat, Beschränkungen der Öl- und Gaseinfuhren aus Russland mit der Begründung abzulehnen, sie würden der ungarischen Wirtschaft schaden, erkennt allmählich die Notwendigkeit, seine Position zu ändern.<sup>17</sup>

Infolge dieser Entwicklung verlagert sich das Zentrum der europäischen Führung nach Osten – am deutlichsten nach Polen. Die polnische Regierung stand an der Spitze der Bemühungen, innerhalb der NATO eine "Free-the-Leos"-Koalition zu organisieren, was zu der jüngsten Aufstockung der westlichen Militärhilfe führte – insbesondere zu der Entscheidung Berlins, seine Leopard-2-Panzer zur Verfügung zu stellen und anderen die Erlaubnis zu erteilen, dasselbe zu tun. Dieser Druck aus Mitteleuropa war ein wichtiger Faktor für die Entscheidung Washingtons, sich auf Deutschland zu stützen und Berlin mit der Entsendung seines eigenen Abrams-Panzers keine Ruhe zu lassen. Dies war zweifellos ein politischer Sieg für Polen, aber die Leopard-2-Koalition, die Warschau aufgebaut hat, reicht über Mitteleuropa hinaus. Zu ihr gehören Finnland, Norwegen, Spanien, die Niederlande und Dänemark. Diese Koalition hat das Potenzial, die innere Dynamik Europas zu verändern und den Schwerpunkt der NATO weg vom deutsch-französischen Tandem zu verlagern.

Es zeigt, dass Polen, das größte Land an der Ostflanke, nicht nur unter den "Frontstaaten", sondern im gesamten Bündnis politisches Kapital anhäuft, weil es eine entscheidende Rolle in der Versorgungskette spielt, indem es Waffen, Munition und Ausrüstung an die Ukraine liefert. Die Führungsrolle Warschaus in der Leopard-Frage und vor allem die Fähigkeit Polens, nicht nur im Namen der baltischen Staaten, sondern auch Finnlands und anderer Eckpfeiler des westlichen Konsenses, zu sprechen, deuten ebenfalls darauf hin, dass sich das strategische Zentrum Europas nach Osten verlagert. Bei der

sich verändernden inneren Dynamik des Kontinents geht es jedoch nicht nur um politische Spielchen oder das Bilden von Koalitionen innerhalb der NATO, sondern letztlich auch um harte Macht und Risikobereitschaft. Auch hier sind die mitteleuropäischen Staaten führend, wenn es darum geht, den Schaden rückgängig zu machen, der durch jahrzehntelange unzureichende Investitionen in die Verteidigung entstanden ist – indem sie Waffen, Ausrüstung und Munition in einem seit dem Kalten Krieg nicht mehr gekannten Tempo kaufen.<sup>18</sup>

## About the Author

JUDr. Lívia Benko, M.A., ist Research Fellow am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES). Zu ihren Forschungs- und Publikationsschwerpunkten zählen regionale Stabilität in Zentraleuropa (insbesondere in den Visegrad-Staaten), Österreichs Beteiligung an der Drei-Meere-Initiative und das Central European Defence Cooperation Format (CEDC).

<sup>1</sup> Wolff, Guntram. 2022. "Energy security in central and eastern Europe is crucial for our economic future." *Le Monde*, 2. Dezember. [https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2022/12/24/energy-security-in-central-and-eastern-europe-is-crucial-for-our-economic-future\\_6008926\\_23.html](https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2022/12/24/energy-security-in-central-and-eastern-europe-is-crucial-for-our-economic-future_6008926_23.html).

<sup>2</sup> Harper, Jo. 2022. "Warsaw and Budapest split over Russian energy ties" *Deutsche Welle*, 27. April. <https://www.dw.com/en/warsaw-and-budapest-split-over-russian-energy-ties/a-61595947>.

<sup>3</sup> Central Europe Energy Partners (CEEP). 2022. "Central Europe on the brink between dependency and diversification" Report, Oktober. [https://www.ceep.be/www/wp-content/uploads/2022/11/CEEP\\_PP\\_2022\\_MOD3.pdf](https://www.ceep.be/www/wp-content/uploads/2022/11/CEEP_PP_2022_MOD3.pdf).

<sup>4</sup> Zaniewicz, Maciej. 2022. "Central Europe: turning the energy crisis into an opportunity." *Italian Institute for International Political Studies*, 23. November. <https://www.ispionline.it/en/publication/central-europe-turning-energy-crisis-opportunity-36776>.

<sup>5</sup> Central Europe Energy Partners 2022

<sup>6</sup> Kardas, Szymon. 2023. "Conscious uncoupling: Europeans' Russian gas challenge in 2023" *European Council On Foreign Relations*, 13. Februar. <https://ecfr.eu/article/conscious-uncoupling-europeans-russian-gas-challenge-in-2023>.

<sup>7</sup> Ibid.

<sup>8</sup> Zaniewicz 2022

<sup>9</sup> Beyer, Sylvia, und Gergely Molnar. 2022. "Accelerating energy diversification in Central and Eastern Europe." *International Energy Agency*, 14. September. <https://www.iea.org/commentaries/accelerating-energy-diversification-in-central-and-eastern-europe>.

<sup>10</sup> Kardas 2023

<sup>11</sup> Wolff, Guntram, und Alexandra Gritz. 2022. "Gas and Energy Security in Germany and Central and Eastern Europe." *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Policy Brief*, 14. Dezember. <https://dgap.org/en/research/publications/gas-and-energy-security-germany-and-central-and-eastern-europe>.

<sup>12</sup> Zaniewicz 2022

<sup>13</sup> Beyer und Molnar 2022

<sup>14</sup> Wolff und Gritz 2022

<sup>15</sup> Michita 2023

<sup>16</sup> Carnegie Europe. 2023. "Judy Asks: Is European Strategic Autonomy Over?" 19. Jänner. <https://carnegieeurope.eu/strategieurope/88838>.

<sup>17</sup> Harper 2022

<sup>18</sup> Michita, Chels. 2023. "NATO's new center of gravity." *Politico*, 21. Februar. <https://www.politico.eu/article/nato-new-center-gravity-poland-warsaw-central-europe-germany-war-ukraine>.

© Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik, 2024

All rights reserved. Reprinting or similar or comparable use of publications of the Austria Institute for European and Security Policy (AIES) are only permitted with prior permission. The articles published in the AIES Focus series exclusively reflect the opinions of the respective authors.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau

Tel. +43 (1) 3583080

[office@aies.at](mailto:office@aies.at) | [www.aies.at](http://www.aies.at)

Layout Design: Julia Drössler